

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 21.

Sonntag, den 23. Mai.

1909.

Blockbruch und Tabaksteuer.

Die letzte Entscheidung über die Tabaksteuervorlage wird zwar erst mit der Entscheidung über die sogenannte Finanzreform im Plenum des Reichstags getroffen, aber die Beschlüsse der Kommission haben insofern eine Bedeutung, als man in der Regel aus ihnen ersehen kann, welcher Vorschlag oder Gesetzentwurf eine Mehrheit im Reichstage erhalten kann. Bis jetzt ist leider aus den Verhandlungen und Beschlüssen der Finanzkommission nicht zu ersehen, welche Steuer und in welcher Höhe diese der Tabakindustrie auferlegt werden soll.

Wegen Schluß der Redaktion konnten wir die Beratungen der Finanzkommission vom 12. und 13. Mai nicht ausführlich bringen. Wir fassen daher das Ergebnis hier kurz zusammen.

Am 12. Mai ließen es törichterweise die Freisinnigen und Nationalliberalen auf Wunsch der Konservativen zu keiner Abstimmung über den letzten Artikel der Vorlage der Subkommission kommen, der nur den Termin für die Antrastretung des Gesetzes enthält. Die Konservativen wünschten eine nochmalige Aussprache über das Banderoleystem, die denn auch am 13. Mai erfolgte.

In dieser Beratung trat die Regierung energisch für die Banderolesteuer ein.

Inzwischen war auch eine sogenannte Denkschrift, die zuerst von der Firma Jädicke in Dresden unterzeichnet war, an die Kommission verteilt worden. Die „Denkschrift“ empfahl die Einführung der Banderolesteuer in anderer Form.

Der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda fragte die Regierung, wie sie sich zu diesem Vorschlag stelle. Darauf erklärte der Dezernent für Tabaksteuern, Geheimrat Reinboth, die Regierung halte auch diesen Weg für gangbar und würde, falls dieser Vorschlag zur Grundlage der Beratung gemacht werde, daran mitarbeiten. — Bemerkten wollen wir hier, daß die Denkschrift der Jädicke, Feiß und Genossen auch einen Vorschlag enthält, Entschädigungen für etwa arbeitslos werdende Arbeiter auszuwerfen.

Der Abgeordnete Geyer hing darauf der Sache die Schelle an, indem er erklärte: Die Antwort Reinboth's zeige klar und deutlich, daß der Jädicksche Vorschlag in Fühlung mit der Regierung ausgearbeitet und von dieser inspiriert sei. Der Zweck dieser Übung sei, die Banderolesteuer auf diesem Umwege einzuschmuggeln, um letzten Endes das Ziel eher zu erreichen, das sich die Regierung gesteckt habe, nämlich das Tabakmonopol. Um die Opposition der Tabakarbeiter zu schwächen oder zu brechen, habe man das Lockmittel einer Entschädigung für die Arbeiter hineingebraucht, die durch die Banderole zu Zehntausenden arbeits- und existenzlos würden. Aber die Arbeiter würden sich auf diesen Leim nicht locken lassen, sondern würden die Gefahr erkennen, die für sie alle in dieser Banderolesteuer liege, auch die kleinen Fabrikanten, für die keine Entschädigung ausgekehrt ist, falls sie ruiniert werden, würden die Gefahr ermessen.

Als Geyer dann monierte, daß man nur die Zeit vergeude mit der Beratung der Banderolesteuer, da ja nach den Erklärungen mehrerer Parteien hier, wie in der Subkommission, doch keine Mehrheit für die Banderolesteuer zu finden sei, rief ein Führer der Konservativen, der Abgeordnete Kretsch, dazwischen: „Warten!“

Dieser Zwischenruf ist nicht ohne Bedeutung. Wenn es auch schwierig sein wird, das Zentrum sowohl, als die Freisinnigen zu einem Umfall zu bewegen, sie für die Banderolesteuer zu gewinnen, so steht doch fest, daß bürgerliche Parteien — speziell die Nationalliberalen — für eine höhere Steuer zu haben sein werden, als sie schon in der Subkommissionsvorlage mit ca. 40 Millionen Mark angenommen worden ist. Hierfür wollen wir ein Wort des Abgeordneten Paasche anführen, der im Seniorenkonvent des Reichstags ausführte, die von der Regierung für die in der Finanzkommission abgelehnten Steuern geplanten Ersatzeuern müßten erst der Kommission bekannt sein, ehe sie sich in zweiter Lesung entscheide; denn dann könne jede einzelne Partei erst sehen, ob 30—40 Millionen Mehrertrag aus dem Tabak reichten oder ob eventuell dem Tabak noch höhere Steuern auferlegt werden müßten.

Man sieht daraus, daß manche Abgeordnete dem Tabak noch mehr aufbrennen möchten, wenn sie sich nicht vor der Opposition der Industrie und des steuerzahlenden Volkes fürchten. Doch dies nur beiläufig.

Durch die abermalige Generaldebatte über die Tabak-(Banderole-) Steuervorlage wurde die Entscheidung der ersten Lesung wiederum verschleppt. Nach Schluß der Generaldiskussion verlangten dann die Konservativen die Spezialberatung der Regierungsvorlage, ein völlig geschäftsordnungswidriges Verlangen. Der Vorsitzende der Finanzkommission, Abg. Paasche, weigerte sich, dieses Verfahren einzuschlagen, da nicht zwei verschiedene Vorlagen über denselben Gegenstand nebeneinander ausgearbeitet werden dürften, ohne eine Entscheidung über

die bereits durchberatene Vorlage der Subkommission getroffen zu haben. Er wollte daher über den zurückgestellten Artikel IV abstimmen lassen. Das verhinderten die Konservativen in Gemeinschaft mit dem Zentrum. Darauf streiften Herr Paasche und seine Freunde — er legte den Vorstoß nieder und die Nationalliberalen und Freisinnigen verließen die Kommission.

Der Krach, der längst vorauszu sehen war, wurde bei Beratung der Tabaksteuervorlage komplett.

Andern Tags hielten die Konservativen vorläufig zurück, hielten einige Leichenreden über den abgegangenen Vorsitzenden, versicherten ihn ihrer unverbrüchlichen Loyalität und setzten ihrer heuchlerischen Obstruktion damit die Krone auf, daß sie nunmehr gnädig die Abstimmung über Artikel IV der Subkommissionsvorlage vornehmen lassen wollen. Und so ist denn diese Abstimmung für die Sitzung am 18. Mai angelegt. Ebenso die Wahl eines andern Vorsitzenden, da Herr Paasche den Posten angeblich nicht wieder übernehmen will.

Mag nun der Ausgang der ersten Lesung der Tabaksteuervorlage sein, welcher er wolle, die Gefahr ist nicht vorüber. Wie man sieht, hoffen die Konservativen noch eine Mehrheit für die Banderolesteuer zu finden, und Herr Paasche meint, es könnten statt der jetzt mit 40 Millionen angelegten Neubelastung des Tabaks doch noch 70—80 Millionen bewilligt werden. Demgegenüber ist ein Wort unsres Kollegen und Abgeordneten Wolfenbühler zu beherzigen, der in der Finanzkommission sagte, für die Arbeiter sei es gleich, ob auf diese oder jene Weise diese unerhörte Belastung vorgenommen werde, denn 70—80 Millionen Mehrertrag aus dem Tabak bedeute einen Konsumrückgang, durch den mindestens 40 000 Arbeiter arbeitslos würden. Das sei die unglückliche Folge der Steuer, die allein zur Ablehnung zwingen müßte.

Von Woche zu Woche schleppt sich nun seit Monaten die Entscheidung in der Tabaksteuerfrage hin. Und wir wissen heute ebensowenig anzugeben, wie die Dinge enden werden, als vor Monaten. Daß der Krach in der Blockmehrheit gerade bei der Tabaksteuervorlage erfolgte, ist nur ein Symptom der ganzen volksausbeuterischen Steuerpolitik. Die Interessen der einzelnen Parteien spielen bei den Verhandlungen über die Steuervorlagen eine so ekelhafte Rolle, die gegeneinander gerichteten Intrigen sind so raffiniert, daß man darin nur eine Verderbnis des politischen Lebens unter den bürgerlichen Parteien erblicken kann. Und wer weiß, welche Tricks noch versucht werden, um den Gegner und das steuerzahlende Volk zugleich zu täuschen und zu überlisten.

Niemals — das wird allseitig zugestanden werden müssen — gab es im deutschen Reichstag eine solche Verwirrung, niemals auch einen so heimtückisch und heuchlerisch geführten Kampf um die Macht unter den bürgerlichen Parteien, als jetzt bei Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform, die eben zum Kampfobjekt um die Macht zwischen den bürgerlichen Parteien gemacht worden ist.

Das Zentrum zieht alle Register, um den Bülow-Block zu sprengen, damit es selbst wieder zur Macht gelangen kann. Das ist das ganze Geheimnis dieses Kampfes. Daß dabei das Volk die Fische bezahlen muß, ist das schändliche daran. Hoffentlich kann es bald Vergeltung dafür üben.

Rundschau.

Zentrum und Brotwucher. Die Bäckerinnungen von Köln und Bonn, deren Mitglieder meist Zentrumsanhänger sind, haben sich an die Reichsregierung und den Reichstag um Beseitigung der Einfuhrsperre für Getreide gewendet. Infolgedessen bringt die Kölnische Volkszeitung jetzt einen Artikel, worin sie sich gegen die Entblöpfung Deutschlands von Brotgetreide wendet. Sie habe schon im Sommer vorigen Jahres sich dagegen gewendet, daß „infolge der Einfuhrsperre und billiger Ausfuhrtarife“ unser gutes Getreide vom Herbst bis zum Frühjahr den Weg ins Ausland nehme, so daß man im Frühjahr kaum noch von Vorräten sprechen könne. Seitdem sei „nicht das mindeste geschehen, um den schweren wirtschaftlichen Gefahren zu begegnen, die ein solcher Zustand in sich birgt.“ Die Ausfuhr verteuere das Getreide und bringe schwere Gefahren für die Sicherheit Deutschlands. Mühlen müßten tagelang feiern, weil ihnen das Material fehle. Es sei allerhöchste Zeit, diesen Dingen die verdiente Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Alarmruf des rheinischen Zentrumsorgans ist nichts als eine abscheuliche Heuchelei. Erst vor wenig Wochen, am 22. April, hat der Fraktionsredner des Zentrums, Herr Speck, das System der Einfuhrsperre verteidigt, und die Zentrumsabgeordneten haben „Bravo“ dazu gerufen.

Herr Speck erklärte: „Die Einfuhrsperre sind ein Regulator für die inländische Produktion und sollen überdies ein Sinken der Preise verhindern. Von einer Überhebung oder nur wesentlichen Einschränkung des Einfuhrsystems hätte unsre Landwirtschaft und unser Ge-

treidehandel erheblichen Schaden. Sie haben Anspruch auf die Einfuhrsperre.“

Zu dieser Verteidigung der Einfuhrsperre hat die Kölnische Volkszeitung damals kein Wort gesagt. Sie denkt anscheinend, ihre Leser hätten die brotwucherischen Worte des zentrumslichen Fraktionsredners bereits vergessen, die sich so schön mit der gesamten Lebensmittelverteuerungspolitik des Zentrums decken.

Die neue Fahrkartensteuer. Der Entwurf der neuen Fahrkartensteuer ist im Reichsschatzamt fertiggestellt. Wie die Scherl-Presse zu melden weiß, ist ein Zuschlag von 3½ Prozent zu den Fahrpreisen für alle vier Wagenklassen festgesetzt. Fahrkarten im Betrag von weniger als einer Mark sollen steuerfrei bleiben. In der Praxis wäre die Wirkung dieser neuen Steuer folgende: Für eine Fahrkarte von Berlin nach Frankfurt a. M. ist jetzt zu zahlen an Fahrkartensteuer in 1. Klasse 5.40 Mk., künftig 1.45 Mk., in 2. Klasse 1.20 Mk., künftig 89 Pfg., in dritter Klasse 40 Pfg., künftig 49 Pfg., in 4. Klasse nichts, künftig 30 Pfg. Die Reform besteht also darin, daß die Passagiere erster Klasse entlastet und dafür die Passagiere vierter Klasse belastet werden.

Krise und Volksernährung. Der Verein für Volkswohl in Köln, eine Gründung von Unternehmern und Kapitalisten, die der minderbemittelten Bevölkerung wohlfeiles Essen in ihren drei Anstalten bieten will, verweist in ihrem Jahresbericht auf die „im vergangenen Jahre herrschende Teuerung aller Lebensmittel“.

Der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse hat, heißt es darin, auch im Vorjahre eine Abflauung im Besuch der drei Anstalten und eine Einschränkung bei der Entnahme von Speisen und Getränken herbeigeführt, namentlich der vollen Mittagessen von 35 und 25 Pfg. Dagegen ist die Zahl der verabreichten Portionen a 10 Pfg. gestiegen.

Zahlreiche Arbeiter konnten sich also nicht mal mehr das kümmerliche Mahl der Volkswohlanstalten leisten; an Stelle eines Mittagessens mußten sie eine Suppe oder ein paar Kartoffeln mit „Gemüse“ für 10 Pfg. essen.

Maisferienausperrung als Tarifbruch anerkannt. Das Münchner Gewerbegericht hat als Einigungsamt entschieden, daß die wegen der Maisferien vorgenommene Aussperrung von 767 Schreibern ein Tarifbruch des Arbeitgeberverbandes ist, weil sie den bei dem letzten Tarifabschluß gemachten mündlichen Vereinbarungen widerspreche. Der Arbeitgeberverband in München ist zur Verhängung der Aussperrung durch die Zentrale in Berlin veranlaßt worden. Da die Arbeitgeber schadenersatzpflichtig sind, müssen sie ihre Gefolgschaft, die sie den Berliner Oberstärkmaschinen zeigten, mit 12 000 Mk. bezahlen. So viel wird der den Arbeitern durch die Aussperrung entgangene Verdienst ausmachen.

Statt einer Rente — drei Monate Gefängnis! Der Maurer Kloß aus Selbongen (Kreis Sensburg) litt nach seiner am 29. September 1904 erfolgten Entlassung aus dem Militärdienst dauernd an Herzschwäche. Er stellte deshalb bei der Militärbehörde den Antrag, ihm eine Pension zu bewilligen. Das Gesuch begründete er damit, daß er sich das Leiden während seiner Militärzeit zugezogen habe, da er wiederholt gemißhandelt worden sei. Als er keine Antwort auf sein Gesuch erhielt, richtete er an seinen Regimentskommandeur ein etwas verbes Schreiben. Hierin wurde eine Achtungsverletzung gefunden; anstatt der Rente erhielt Kloß — 14 Tage Mittelarrest.

Da Kloß leidend war, trat er trotz wiederholter Aufforderung die Strafe nicht an; schließlich wurde er verhaftet. Als Kloß die vierzehn Tage abgemacht hatte, reichte er nochmals eine Eingabe auf Bewilligung einer Pension ein; er ersuhr aber, daß inzwischen schon wieder ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet sei, und zwar hauptsächlich wegen Beharrrens im Ungehorsam. Diese Freveltat sollte durch die Weigerung, die Strafe anzutreten, begangen worden sein. Das Kriegsgericht bekam es wirklich fertig, den schon seit mehr als vier Jahren im Zivilleben stehenden Kloß des Beharrrens im Ungehorsam und eines andern Vergehens wegen zu sieben Wochen Gefängnis zu verurteilen. — Dem Gerichtsherrn war diese Strafe noch zu gering; er legte Berufung ein und das Oberkriegsgericht erkannte jetzt auf drei Monate Gefängnis! — Vor Gericht wurde festgestellt, daß Kloß an Herzschwäche leide und von seinen Eltern unterhalten werden muß, da er vollständig arbeitsunfähig ist.

Berichte.

Altenburg (S.-A.). In der am 24. April abgehaltenen Mitgliederversammlung fanden folgende Punkte zur Verhandlung: 1. Protokoll; 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909; 3. Kartellbericht; 4. Anträge. Nach Verlesen des Protokolls, gegen welches Einwendungen nicht erfolgten, verließ der 2. Bevollmächtigte die von den Revisoren geprüfte Abrechnung. Einer Einnahme von 1017.60 Mk. steht eine Ausgabe von 646 Mk. gegenüber. Der Mitgliederbestand beträgt 122. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Zu Punkt 3 gibt Meyer einen ausführlichen Bericht über die Kartellführung; speziell die Punkte Maisferien sowie die Bildung einer Genossenschaft zur Errichtung einer

Zentralherberge betr. werden von demselben genau erläutert. Die anwesenden Mitglieder erklären sich mit den Ausführungen einverstanden. Unter Punkt 4: Anträge, beantragt Kollege Beyer, daß ebenso wie in andern Orten auch von uns kurze Berichte über Versammlungen usw. im Tabakarbeiter veröffentlicht werden sollen. Die Anwesenden erklären sich auch hiermit einverstanden.

Bielefeld. In letzter Zeit hat die Tarifbewegung auch im Tabakgewerbe Fortschritte gezeitigt. Im 5. Gau ist die Burgsteinfurter Tabakarbeitergenossenschaft der einzige Betrieb, der mit dem Deutschen Tabakarbeiterverbande einen Tarif abgeschlossen hat. Um nun auch für die Bielefelder Tabakarbeiter tarifmäßige Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, fand am 12. Mai eine Vorbereitungsversammlung einiger hiesigen Firmen und den Zigarrenarbeitern dieser Firmen statt. Schlüter, Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes, betonte, daß die Tariffrage von der Organisation wohl erwogen sei. Die Tarifbewegung solle auf den ganzen Gau ausgedehnt werden. Die Tabakarbeiter würden durch die mißliche Lage der Branche gedrängt. Sollte man tariffreie Firmen hier am Plage, so würde alles aufgegeben werden, um die Arbeitsgenossen als Konsumenten zu beeinflussen, damit dieselben ihre Zigarren nur von diesen beziehen. Die Tabakarbeiter hätten den festen Willen, dem Tarif Geltung zu verschaffen und würden dies auch durchsetzen. Redner entwickelt dann die Grundlagen eines Tarifs und bittet die anwesenden Zigarrenfabrikanten, sich auszusprechen. Von diesen wird betont, daß sie der Sache sympathisch gegenüberstehen. Die Zigarrenarbeiter ständen als Arbeiter so tief im Lohnverhältnis, daß auch sie, die Arbeitgeber, bereit wären, jedes Mittel, welches zur Hebung der Lage der Arbeiter der Tabakindustrie dienlich sei, zu ergreifen. Schlüter verwies noch auf den Beschluß des Verbandes der Gastwirte in Köln, wodurch die Mitglieder verpflichtet werden, nur von dort Zigarren zu beziehen, wo den Arbeitern ein anständiger Lohn für Herstellung derselben bezahlt würde. Ebenso hat sich in diesem Sinne Herr Beuse, Vorsitzender des Hamburger Wittevereins, und Herr Krasky, Vorsitzender des Verbandes der Hamburger Zigarrenladeninhaber, ausgesprochen. Die Diskussion ergab auf beiden Seiten ein günstiges Resultat. Die Ortsverwaltung des Tabakarbeiterverbandes und der Gauleiter wurden beauftragt, mit den hiesigen Fabrikanten einen Tarif zu vereinbaren. Die Fabrikanten erklärten sich hierzu bereit. Die Sitzung fand am Freitag, den 21. d. M., statt. Der abgeschlossene Tarif wird einer Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bischofswerda. Bericht zum Streik bei der Firma E. Lange u. Co. hier. Der Streik dauert unverändert fort, da die Firma jede Verhandlung strikte ablehnt, obwohl sie sehr viele Arbeiter zu ihren Konsumenten rechnet. Ob der Arbeiterschaft aber fernherhin die Zigarren schmecken werden, welche von den Arbeitswilligen haubtz, Berndt, Künze, Schöne, Denckel hergestellt sind, muß doch bezweifelt werden. Auch zwei Hausarbeiter von Breiting finden es für notwendig, Hausreißerdienste zu leisten; darunter ist der Kollege Schwilke, welcher noch organisiert ist. Für einen solchen Kollegen ist kein Platz in der Organisation. Es werden viele Gerüchte ausgesprengt, um die Streikenden wankelmütig zu machen; dessen ungeachtet sind dieselben aber entschlossen, auszuhalten.

Das Streikkomitee.

Braunschw. Mit der Sperre der Firma Friedrich Braumann, Zigarrenfabrik, Schützenstraße 27, beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung am 10. Mai in Stadt Lüneburg. In dieser Versammlung wurden die Erwidrerungen der Firma, die am 6. und 8. Mai im Volksfreund erschienen sind, einer Prüfung unterzogen. Es wurde durch die entlassenen Arbeiter Material zutage gefördert, das in der organisierten Arbeiterschaft wohl nicht als schon bezichtigt werden wird. In der Erwidrerung der Firma vom 6. Mai heißt es: „Bemerken will ich noch, daß ich meinen Arbeitern stets den tarifmäßigen Lohn gezahlt habe.“ Dieses ist unwar. Denn der von der Organisation festgesetzte Lohn wird heute den Arbeitern noch nicht gezahlt. Der festgesetzte Minimallohn von 9 Mark verfehlt sich mit freier Zurechnung, und diese wird bis heute noch nicht gewährt, trotzdem Herr Braumann dieses zurzeit als Verbandsmitglied nach dem Statut verpflichtet war, zu zahlen. Als er nun um höhere Lohnzahlung angegriffen wurde, kehrte er der Organisation schleunigst den Rücken. Was nun die erste Entlassung eines Kollegen wegen Urlaubsüberschreitung anbetrifft, die jedoch wegen Mangel an Arbeit stattgefunden haben soll, und der Kollege noch einige Fragen stellen wollte, sagte Herr Braumann: „Wat, du wunt nich rut!“ Die Tabakarbeiter verstehen hier aber nicht, wunt Herr Braumann schreibt: „Da ich stets bestrebt gewesen bin, mit meinen Arbeitern in Ruhe und Frieden auszukommen.“ Dies verstehe wer will. Als nun kurze Zeit darauf eine Arbeiterin entlassen wurde, aus von den Tabakarbeitern als nicht stichhaltig anerkannten Gründen, erwiderte Herr Braumann, daß die Arbeiterin „auf Wunsch“ die Arbeit verlassen habe. „Beweis: Schriftlich und Zeugen.“ Es ist nun allerdings richtig, daß auf dem Entlassungsschein „auf Wunsch“ steht, jedoch gegen ihren Willen. Denn ihre Kollegen und Kolleginnen haben ihr gesagt, den Schein hätte sie nicht annehmen sollen. Es ist ja auch natürlich, da die entlassene Kollegin Herrn Braumann gebeten hat, sie doch 1000 Bidel in der Woche machen zu lassen, was jedoch von Herrn Braumann strikte abgelehnt wurde. Sie mußte heraus. Um nun diese Kollegin zu erlösen, fanden sich bedauerlicherweise drei Kolleginnen aus einer andern Fabrik, die während der Mittagspause Ersatzwidel schaffen. Dadurch wurde die vorschrittsmäßige Rüstung während der Mittagspause den andern Arbeitern entzogen und die bundesrätlichen Bestimmungen umgangen, obgleich sich kein Arbeiter während dieser Zeit im Arbeitsraum aufhalten darf. Ein anderer Fall zeigt, wie der angeblickt für Ruhe und Frieden sorgende Herr Braumann mit indirekter schwarzer Liste zu operieren versuchte. Als es im November vorigen Jahres zur Lohnforderung kommen sollte, sagte Herr Braumann zu einem Kollegen: „Wenn ihr was gegen mich unternehmen tut, so werde ich dich in der Stadt unmöglich machen und dafür sorgen, daß du keine Arbeit hier bekommst.“ Es ist also für Herrn Braumann ausgeschlossen, sich rein zu waschen. Ein weiterer Fall. In einem Bericht in Nr. 4 des Volksfreund vom Zimmererverband stand zu lesen, daß bei Zimmermeister Nieß für jeden Zimmerer ein Kleiderschrank angefertigt worden sei. Als nun nachmittags eine Kollegin mit einem Kollegen sich darüber unterhielt und sagte: „Die haben nun jeder einen Kleiderschrank und wir haben hier mit sechs Arbeitern nicht einmal einen“, da mußte diese Kollegin sofort aufhören. Darauf erwiderte Herr Braumann im Volksfreund vom 8. Mai wohlweislich nichts. Weiter schreibt Herr Braumann in seiner Erwidrerung vom 8. Mai: „Ende Februar erbat ich mir vom Arbeitsnachweis einen Zigarrenmacher oder Wickelmacher. Da wurde mir erklärt, es sind keine zu haben.“ Auch dieses entspricht nicht der Wahrheit. Denn es wurde ihm gesagt, die Stelle müsse erst im Tabakarbeiter ausgeschrieben werden. Herr Braumann verlangte jedoch sofort Arbeiter. Auch ist es nicht richtig, daß dem angenommenen Kollegen verboten worden ist, die Arbeit aufzunehmen. Beweis: Zeugen. Der Kollege sollte vielmehr erst den Beschluß der Versammlung abwarten, was sich für das Verbandsmitglied von selbst versteht. Auch ist dem Kollegen Beder nicht gesagt worden, warum er nicht auf seiner Stelle weiter arbeite, sondern Beder hat selbst auf seiner Stelle weiter arbeiten wollen. Vom Arbeitsnachweis wurde Beder sofort gute Arbeit in Hannover angeboten. In der Fabrik, in der Beder arbeitete, ist nicht, wie Herr Braumann angibt, die Sperre verhängt gewesen. Es werden jedoch auf Beschluß der Gaukonferenz nur Arbeiter dorthin vermittelt, wo der von der Organisation festgesetzte Minimallohn gezahlt wird. Ein Antrag der Versammlung, die Sperre über den Betrieb der Firma Braumann weiter bestehen zu lassen, fand einstimmige Annahme. Desgleichen, die entlassenen Arbeiterinnen als Gemahregelte zu

betrachten. Auch wurde beschlossen, sich nicht weiter mit der Sache in der Presse zu beschäftigen.

Gönnern a. Saale. Am Sonntag, den 9. Mai, tagte hier im Schützenhause unsere Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Vortrag. Zum 1. Punkt wurde die Abrechnung geprüft und für richtig befunden und dem Kassierer Entlassung erteilt. Da der bisherige 2. Bevollmächtigte sein Amt niederlegte, so wurde an dessen Stelle als Kassierer Kollege Paul Koch gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Bertram und Lathan bestimmt. Ferner wurde beschlossen, von jetzt an die Beiträge wöchentlich zu kassieren, sowie nur an solche Mitglieder Arbeitslosenunterstützung auszusprechen, welche hier am Orte in Arbeit treten. Zum 2. Punkt hatte unser Gauleiter, Kollege Wiefen, das Referat übernommen. Das Thema lautete: Der Verrat des Tabakvereins und dessen Folgen. Redner führte in sachlichen Ausführungen den Anwesenden die gegenwärtige Situation in bezug auf die Tabaksteuer vor Augen, und wurde der Vortrag beifällig aufgenommen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. Am 11. Mai fand im Etablissement Wäzles in Dresden-Trachau eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung statt, um zum Lohnkampf der Kollegen bei der Firma Fiemeger Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Piehsch bekannt, daß die neugewählte Verwaltung sich nunmehr konstituiert hätte. Zum 1. Bevollmächtigten der Zahlstelle wurde Kollege Piehsch gewählt; als Stellvertreter Kollege Fischer, zum Schriftführer Kollege Paul Hudalla, und als Stellvertreterin Kollegin Helene Auerbach.

Sodann nahm Kollege Wenzel das Wort zum Punkt: Der Streik bei E. Fiemeger hier. Redner beleuchtet die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Dresden im allgemeinen, unter welchen diese schon lange Jahre zu leiden haben. Durch fortgesetzte Preissteigerungen der Lebensbedarfsartikel wird dieser Zustand immer mehr verschlimmert. Die allererbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestanden schon sehr lange im Betriebe von E. Fiemeger. Geradezu in Verruf war dieser Betrieb unter den Dresdner Tabakarbeitern geraten. Seit einiger Zeit hatten die dort beschäftigten Arbeiter bei äußerst geringen Löhnen noch ganz miserables Material zu verarbeiten, so daß ihr Verdienst sehr niedrig war. Man sah sich deshalb genötigt, um Lohnzulagen zu ersuchen, die allerdings abgelehnt wurden. Erneut stellten die Kollegen Forderungen, und wurde bis Montag, den 10. Mai, die Antwort verlangt. Bereits Sonnabend früh wurde aber ein Kollege durch den Meister als „Müßler“ entlassen. Der betreffende Kollege wandte sich an Herrn Fiemeger, und dieser erklärte ihm nun, „das er von dieser Entlassung nichts wüßte, aber man hätte ihm doch Forderungen zugesichert und da müßte er erklären, daß er absolut keine Lohnzulagen geben könne. Wenn die Arbeiter zu den bisherigen Bedingungen nicht weiterarbeiten wollten, so gäbe es schon heute keinen Tabak mehr, dann könnten gleich alle gehen.“ Da nun niemand geneigt war, die gestellten Forderungen auch nur zu einem Teile zurückzugeben, so mußten sie eben die Arbeit einstellen. Sonnabend mittag fand dann mit der Firma eine Unterhandlung statt, an welcher auch die Kollegen Wenzel und Schmidt teilnahmen. Herr Fiemeger lehnte auch dabei jedes Entgegenkommen ab. Er könne absolut nichts zulegen, sagte er, denn er müsse bestrebt sein, für sein Alter zu sorgen. Man könne ihm doch nicht zumuten, das Glendbafeln eines alten verbrauchten Zigarrenmachers noch durchzuführen. Er bekomme zwar für seine Zigarren sehr gute Preise, aber trotzdem lege er jedes Jahr Geld zu.“ Unersetzlich wurde dem Herrn gebührend geantwortet. Die Denkwürdigkeit des Herrn F. kann man richtig erkennen aus dem, was er bei der Unterhandlung noch weiter sagte: „Der Zeitpunkt des Streiks sei ganz ungünstig. Jetzt vor der Steuer könne er noch viel Zigarren verkaufen und Geld verdienen, da sollten auch die Arbeiter noch recht fleißig arbeiten. Nach einer Tabaksteuer würden sowieso die Löhne gekürzt.“ Er ist also der Meinung, daß er nur allein berechtigt ist, ein anständiges Leben zu führen und Profite anzuhäufen, und so lehnte er auch alle Forderungen rundweg ab. Doch scheint es ihm doch nicht so wohl zu Mute zu sein, denn der Meister kam noch am Sonnabend ins Streiklokal und bereitete den ausständigen Kollegen einige heitere Augenblicke, indem er erklärte: „Fiemeger hat mir gesagt, ich sollte ins Siechenhaus gehen und er (F.) wolle sich aufhängen.“

Redner bespricht dann weiter die ganze Situation und kommt zu dem Schlusse: Wenn die Kollegen fest zusammenstehen und allerorts den Kämpfenden die moralische Unterstützung zuteil wird, kann der Kampf mit Erfolg in kurzer Zeit beendet sein. Nach lebhafter Debatte gelangte eine zustimmende Resolution zur Annahme.

Im weiteren Verlauf der Versammlung behandelt Kollege Schmidt eine Petition einer Anzahl Großfabrikanten der Tabakindustrie an Reichstag und Bundesrat um Einführung der Vandrolosteuer, anstatt des gewählten Wertzuschlags. Diese Petition trage an erster Stelle die Unterschrift des Zigarrenfabrikanten F. D. Jedicke-Dresden. Derselbe Fabrikant habe sich noch vor wenigen Tagen gegenüber dem Redner und dem Kollegen Wenzel in den schärfsten Ausdrücken gegen jede Steuererhöhung ausgesprochen und die Petition der Tabakarbeiter wegen ihrer entschiedenen Sprache gelobt und ihr durchaus zugestimmt. Jetzt, wo die Gefahr für die gesamte Industrie aufs höchste gestiegen sei, lasse Herr Jedicke die Maste fallen und schreie als erster nach der Vandrolosteuer. Diese engherzige Vertretung persönlicher Interessen kennzeichne den großkapitalistischen Unternehmer aufs deutlichste. Die Tabakarbeiter haben alle Ursache, nach wie vor gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer zu protestieren. Sie protestieren auch gegen die brutale Interessenpolitik der Großfabrikanten der Tabakindustrie und kennzeichnen die in der Petition angeführten Gründe für eine Vandrolosteuer als läugerisch und heuchlerisch.

Kollege Seifert war der Meinung, daß wir eine Tabaksteuer unter keinen Umständen abwegren können und hält das Tabakmonopol für den besten Ausweg aus dem Dilemma, wogegen Kollege Schmidt lebhaften Widerspruch erhob.

Elßa-Lothringen. Das Unternehmertum in der Zigarrenindustrie ist stets auf dem Posten, wenn es sich darum handelt, seine ausgebeuteten Arbeiter vor der Organisation zu bewahren. Wenn sie sich dieser Arbeit selbst schämen, dann benutzen die Herren Unternehmer ihre Angestellten und auch Werkführer dazu, gegen die Verbände zu hetzen, und bedienen sich dabei der größten Mittel. Am 8. Mai sollte eine Versammlung in Ars bei Metz stattfinden, die vom Kartell durch Handzettel bekannt gegeben wurde. Den Arbeiterinnen wurden nach der Verteilung einige Zettel abgenommen. Der Buchhalter Günselburger erklärte im Betriebe, er werde in die Versammlung gehen und teilnehmen. Prompt um ¼ 5 Uhr erschien derselbe auch im Versammlungslokal und setzte sich sogar an den Tisch der Einrufer. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die um ¼ 5 Uhr Arbeitslokal machten und allsonnabendlich im Lokale ihren Vesperstoppchen tranken, gingen dieses Mal so ziemlich alle vorbei. Als Schreiber dieser Zeilen das bemerkte, die Metzger Genossen darauf aufmerksam machte und seine Verwunderung aussprach, daß so etwas in Anbetracht der Gefahr durch die drohende Vesteuerung geschehe, zog der Herr Günselburger aus Emmendingen einen Zettel aus seiner Tasche und erklärte: „Diese Tagesordnung hat ja nichts mit der Tabaksteuer gemein, Sie wollen die Leute organisieren.“ Und fügte dann hinzu: „Diese Arbeit können Sie sich sparen, denn unsre Leute gehen zur Maimettin.“ Auch war sonderbarerweise zur Zeit des Beginns der Versammlung ein Gendarm im Lokale anwesend. Der Herr Buchhalter und Fabrikant hatte für dieses Mal sein Ziel erreicht und schmunzelnd zog er von dannen.

In Heinau tagte am 30. April eine große Protestversammlung. Die Begeisterung der anwesenden Tabakarbeiter für

den Verband war eine große und erweckte berechtigte Hoffnungen. Auch die Meister waren anwesend und stimmten der Resolution bei. Es wurde mit den Arbeitern vereinbart, eine erneute Versammlung abzuhalten, wo nur Kollegen und Kolleginnen Zutritt haben sollten. Als dieses den Meistern bekannt wurde, wurden Neben im Arbeitsraum gegen die Unbotmäßigkeit der Arbeiter und den Verband geschwungen und mit Entlassung und Schließung der Betriebe gedroht, ja selbst der Fabrikant Neuf erschien und sagte: „Den müßt Ihr nur hören, dann wird's für Euch noch was geben! Arbeitet ruhig weiter, macht gute Zigarren und Bidel, dann behaltet Ihr Eure Arbeit, trotz der Tabaksteuer; andernfalls muß eine Schließung erfolgen.“ Trotz diesem Treiben erschienen am 9. Mai circa 50 Personen und hörten den Ausführungen des Gauleiters und denen des Straßburger Genossen Gau aufmerkzaam zu; sie waren anscheinend auch überzeugt, daß es für sie das Beste sei, wenn sie dem Verbands beitreten würden, aber die Angst vor der Entlassung und einer längeren Arbeitslosigkeit hielten die Leute ab, ihren Beitritt zu erklären. Wenn auch diese zwei Versammlungen abermals keinen Erfolg brachten, so ist doch manches schon geblieben und wird keimen und aufgehen; der Ort wird nicht aus dem Auge gelassen, bis der Haken am grünen Holze eingeschlagen ist.

Herford. Eine Volksversammlung hier besetzte sich am 15. Mai mit dem Streik bei der Firma W. Koch, Stiftsberg. Herr Koch war eingeladen, aber nicht erschienen. Gauleiter Schlüter führte aus, daß der Streik entstanden sei, weil den Zigarrenarbeitern das aufgesetzte Deckblatt entzogen wurde. Die Zigarrenarbeiter hätten jeden morgen erst 1½ Stunden sich hinsetzen und Deckblatt selbst aufsetzen müssen. Das sei ein Lohnabzug von 1.50 bis 2 Mark pro Woche. Der Vater des jetzigen Fabrikanten Koch habe, wenn er kein aufgesetztes Deckblatt liefern könne, hierfür 25 Pfg. pro 1000 Zigarren vergütet. Das habe Herr Koch abgelehnt. Alle Versuche zur Einigung sind von ihm zurückgewiesen worden. Den Hauptabsatz seiner Zigarren habe Koch in Herford. Die Herforder Arbeiter müßten sich deshalb überlegen, ob sie noch die Zigarren eines Mannes rauchen wollten, der die Lage der Tabakarbeiter, die heute schon die schlechtesten Arbeiter Deutschlands seien, noch weiter herabdrücken wolle. Koch habe nun einige Arbeitswillige gefunden, Hausarbeiter auf dem Mittel bei Gohfeld. Dieses seien die Geschwister Högeholz, Fräulein Wiemann, die Kollegen Feld und Horn, sowie Frau Tade, welche den Tabak von den Wirten Nijo und Klusmeyer holten und nach diesen auch die gefertigten Zigarren brachten, die Koch dann abholte. Auch ein Zigarrenarbeiter Clausing im Schwarzenmoor sei als Arbeitswilliger tätig. Die Arbeitswilligen auf dem Mittel habe Koch bekommen, weil dort eine Fabrik eingegangen sei. Die Arbeit, die von einigen Kollegen begehrt worden sei, sei minderwertig.

Arbeitersekretär Schmidt führte aus: Koch habe ihn, als er bei ihm gewesen sei, um Frieden herbeizuführen, auf dem Hausflur kurz abgefertigt. Der erste Bürgermeister von Herford sei an Koch herangetreten, aber auch ohne jeden Erfolg. Die Streikenden müßten in der Herforder Arbeiterschaft jetzt einen Rückhalt finden. In diesem Sinne sprach auch der Genosse Meier. Pfister führte aus, daß die Zigarrenarbeiter bei Koch, um existieren zu können, ihre Kräfte aufs äußerste anspannen müßten. Frühstück- und Vesperpausen würden nicht gemacht, sondern die Butterstollen würden während der Arbeit gegessen:

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung drückt ihre tiefste Enttäuschung über das Vorgehen des Zigarrenfabrikanten Koch, Stiftsberg, aus. Koch hat trotz der mißlichen Lage der Tabakarbeiter seinen Arbeitern den Lohn gekürzt und diese dadurch in den Streik getrieben. Die Zigarren, welche von ihm jetzt zum Vertrieb kommen, läßt er von Arbeitswilligen herstellen. Den Arbeitswilligen zahlt er noch 50 Pfg. weniger Lohn wie bisher. Die Versammlung beauftragt das Streikkomitee, gemeinsam mit dem Kartellauschuß durch Plakate in den Wirtschaften und Läden der Herforder Arbeiterschaft von diesem Beschlusse Kenntnis zu geben. Die Parole muß sein: Kochsche Zigarren werden nicht geraucht!“

Es liegt nun an der Herforder Arbeiterschaft, für Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen. Auch die Genossen von Schötmar, Salzpfulen wollen auf Kochsches Fabrikat achten.

Koburg. Am Sonnabend, den 9. Mai, fand im Verkehrslokal zur Neuen Welt eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Koburg-Steinbach statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Abrechnung vom 1. Quartal 1909 und Verschickenes. Der 2. Bevollmächtigte Kollege Geißel gab die Abrechnung. Derselbe ergibt einen Barbestand von 74.37 Mark. Hiervon werden auf Beschluß der Versammlung 70 Mark an den Hauptvorstand gefandt. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und alles in bester Ordnung befunden worden; es wurde dem Kassierer daher Decharge erteilt. Im Verschiedenen wurde der Zigarrenmacher Theodor Leopold in Steinbach aus dem Verbands ausgeschlossen, weil er mit seinen Lagen zu weit im Rückstand geblieben war, und er ferner Beleidigungen gegen den Verband, sowie gegen die Mitglieder der Zahlstelle Koburg-Steinbach ausgesprochen hatte, welche wir hier nicht wiedergeben können. Aber eine Mahnung sei es für alle Mitglieder, ihre Beiträge jede Woche zu bezahlen, denn kann können solche Rückstände nicht eintreten.

Neufriedt (Baden). Hier tagte am 1. Mai eine Protestversammlung im Waldhorn, die stark von Pflanzern besucht war. Gauleiter Ad. Heising referierte über die Gefahr einer Tabaksteuer im deutschen Tabakgewerbe. Nachdem er die vor 1879 bestehenden Verhältnisse in der Industrie für die Arbeiter, für die Pflanzern und auch Fabrikanten erläutert hatte, ging er zu den Wirkungen der exorbitanten Zoll- und Steuererhöhungen von 1879 über und führte den Nachweis ihrer Schädigung für alle in der Industrie in Betracht kommenden Personen durch Zahlenmaterial. Den anwesenden Pflanzern fehlte er besonders klar auseinander, wie ihre Tabakpreise damals durch den starken Konsumrückgang an Zigarren gesunken sind, erst in den 90er Jahren seien die Preise auf Grund vermehrten Konsums gestiegen. Trete heute eine Mehrbelastung wenn auch nur beim ausländischen Tabak ein, so seien die Wirkungen dieselben, denn das Quantum von ausländischem Tabak, welches jetzt bei der Fertigung der billigen und mittleren Waren verwendet würde, müße auch in Zukunft beibehalten werden, um eine einigermaßen dem Raucher munde Zigarre liefern zu können; geschehe das nicht, dann würde neben der Verteuerung der Ware durch die Zölle auch noch die verminderte Qualität einen verstärkten Konsumrückgang bewirken und die Produktion abnehmen, das würde jeder Fachmann bestätigen, an den man sich wende. Das Beste sei, es bleibe so wie es sei und es trete keine Aenderung ein. Ein flotter Geschäftsgang und ein zunehmender Konsum seien die geeignetsten Faktoren für die Rentabilität der Produktion. Zum Beweis führte Redner die Mindereinnahme des Reichs von 1908 an, welche allein 180 Millionen betrage, von denen 125 Millionen Mark Mindereinnahmen aus Zölle fallen.

Redner geht dann in scharfen Worten auf das Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Konservativen ein und kritisiert den Bülowblock in seiner erbärmlichen Haltung. Die Aufmerksamkeit der Versammlung fesselte der Redner am meisten mit der vernichtenden Kritik, welche er dem erweiterten Auschuß des Deutschen Tabakvereins und den Großfabrikanten Badens und des Elßa zuteil werden ließ wegen ihrer Stellungnahme zu den Tabakzöllen einerseits und ihrer grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiter andererseits. Systematisch arbeiten diese Kapitalisten darauf hin, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Der 13. Januar sei ein denkwürdiger Tag für den Arbeitgeberverband. Ein Jahr zuvor habe man auf einem Verbandsstag in Berlin Paragrafen geschmiebet, um die Arbeiter und ihre Organisation zu zerschlagen. Heute wolle man die mittlere und kleine Industrie vernichten und eine grenzenlose Arbeitslosigkeit herbeiführen, um die Löhne drücken zu können und um diejenigen Arbeiter

auszufordern, welche nicht genehm seien. Im ferneren habe man es dann bequem, sich der Ausgesprochenen und Abgeworbenen zu entledigen und könne die Schuld auf jene abwälzen, welche der Vorlage zur Annahme verhalten. Den Abgeordneten müsse es doch bald klar werden, daß sie es nicht wagen dürfen, der berüchtigten Tabakarbeiterfamilie ihr Brot zu nehmen, indem sie für die Steuer stimmen.

In der Diskussion sprach Fabrikant Grindler junior und meinte, die Kritik des Redners sei, soweit es den erweiterten Ausschuß des Tabakvereins betreffe, zu scharf. Derselbe habe, soweit er aus ganz zuverlässiger Quelle wisse, gute Absichten gehabt, indem er die Annahme der Banderole verhüten wollte. Redner bekräftigte sich eingehend mit dieser Steuer und machte auf die Gefahren dieser Steuer aufmerksam, worunter auch die Pflanzler stark zu leiden hätten. Die jetzigen Zoll- und Steuerfänge seien noch eben erträglich; was darüber hinausgehe, wirfe verheerend. Auch die jetzige Spannung zwischen Inlands- und Auslandszoll treffe das richtige. Redner führt aus seiner Praxis einige Berechnungen an, welche den Beweis für seine Behauptungen ergeben. Er sei ein Gegner jeder weiteren Mehrbelastung des Tabaks. Wundern müsse er sich über das Verhalten des liberalen Landtagsabgeordneten Sanger für den Wahlkreis Rehl. Derselbe habe in Rehl auf einer Konferenz der Pflanzler der Einführung der Banderole das Wort geredet und habe den Pflanzern vorgerebet, diese sei ihr Vorteil. Ein Landtagsabgeordneter, der das behauptet, verstehe kein Jota von den Verhältnissen und schädliche Pflanzler, Fabrikanten, Arbeiter und ganze Gemeinden auf das schwerste. Auf Grund dieses Referats von Sanger sei dann eine Resolution angenommen, welche die Banderole empfehle. Nach seinen Erkundigungen seien aber auf dieser Kehler Konferenz keine 60 Pflanzler, wie man in den Zeitungen berichtet habe, anwesend gewesen, sondern ganze 8 waren von den 60 Anwesenden Pflanzler, die andern waren Bürgermeister und ortsbefähigte Beamte. Dieses Verhalten fordere den schärfsten Protest heraus. Redner empfiehlt die vorgelegte Resolution mit einem Amendement, das die Kehler Konferenz und das Referat von Sanger ins rechte Licht rückt.

Als zweiter Redner sprach Durban. Derselbe erklärt, daß auf Veranlassung der Kehler Konferenz jetzt auf den Amtsstuben Listen zwecks Unterjchriften für die Einführung der Banderole ausliegen. Er nehme an, daß das Verdienst des Abgeordneten Sanger durch einen neuen Orden belohnt werde. Die Arbeiter dürften sich nachher bei Sanger bedanken für die herbeigeführte Verschlechterung. Er, Redner, habe schon bei der letzten Wahl vor diesem ordensbeförigten Volksbegehrer gewarnt. Auch in Jahr habe eine Bezirkskonferenz der badischen Fabrikanten getagt, und auch auf dieser habe man einer Mehrbesteuerung seine Stimme gegeben; das zeige deutlich, wohin der Weg gehe. Die Tabakarbeiter Neufreistädts scheinen das nicht begreifen zu wollen, sonst müßten sie stärker vertreten sein. (Fabrikant Grindler ruft dem Redner zu: Daran sind Sie schuld!) In scharfen Worten weist Durban diesen ihm gemachten Vorwurf zurück, das heutige Thema verbiete ihm aber, näher darauf einzugehen; er sei jedoch nicht abgeneigt, dieses in einer Branchenversammlung zu tun, zu welcher ja Grindler erscheinen könne.

Das Schlußwort hatte der Gauleiter Heising. In den Ausführungen Grindlers über die Besteuerung im Tabakgewerbe sei nichts Wesentliches auszusagen, sie hätten manches Interessante geboten. Dem Amendement Grindlers bezüglich der Kehler Konferenz und der Haltung des Abgeordneten Sanger könne man zustimmen. Gerecht habe es ihn, Redner, hoffe daher von der Firma Grindler, daß sie sich, wenn die Gefahr abgewendet ist, auf der Basis von Tarifverträgen unter Zuzugrundelegung von auskömmlichen Minimallohnen mit der Organisation einigt, damit man die Firma auf die Empfehlungsliste setzen könne. — Die Annahme Grindlers bezüglich des wohlwollenden Wirkens des Ausschusses vom Deutschen Tabakverein sei naiv und durchaus irrig. Eine Gefahr zur Annahme einer Banderole sei längst nicht mehr vorhanden gewesen, denn bei den Debatten im Reichstag hätten die Redner der in Frage kommenden Parteien die Banderole als unannehmbar bezeichnet. Es sei ein aus krassem Egoismus entsprungenes Vorgehen gewesen, dessen sich jene Clique schuldig machte, noch dazu im Widerspruch zu den Beschlüssen ihrer höchsten Instanz, der Generalversammlung. Redner verliest darauf die Erklärung des Deutschen Tabakvereins, Abteilung Westfalen und Rheinland. Einen weiteren Beweis für seine Behauptungen könne er erbringen durch die Mitteilung des Tabakvereins aus Mannheim, welche eine prächtige Demonstration gegen die Beschlüsse der Generalversammlung, gegen die westfälische und rheinische Abteilung veranstaltete. Man lasse sich durchaus von egoistischen Motiven leiten, um alles an sich reihen und nachher den Raubzug auf die Taschen der Konsumenten, Pflanzler, Händler und Arbeiter beginnen zu können.

Die auf der Offenburger Bezirkskonferenz angenommene und veröffentlichte Resolution fand einstimmige Annahme. Das Amendement Grindler hat folgenden Wortlaut: „Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen den Beschluß der Kehler Pflanzerkonferenz, welche sich für Einführung der Banderole aussprach, und mißbilligt das Verhalten des Landtagsabgeordneten Sanger, welches danach angeht, die Tabakindustrie auf das empfindlichste zu schädigen.“ Auch dieses fand einstimmige Annahme.

Sprachw. Am 7. Mai fand hier eine Protestversammlung mit der Tagesordnung: Die Vernichtung der Tabakindustrie durch den Antrag Dr. Weber (nat.-lib.) und Mommsen (freif.) statt. Referent war Hr. Marie Dittmar-Verlin. In ihrem 1 1/2 stündigen Vortrage geißelte Rednerin das Verhalten der Regierung, sowie den Umfall des von krassem Egoismus besetzten Tabakvereins. Sie ging dann die Parteien des Reichstags durch und wies nach, daß eigentlich nur die Sozialdemokratie, die ja auch jede indirekte Steuer bekämpft, hier als Gegner des 70-80-Millionenraubes in Betracht kommt. Wenn die Tabakarbeiter sich die Drangsalierungen von seiten der Regierung sowie auch von den Unternehmern nicht mehr gefallen lassen wollen, so müssen sie sich eben organisieren, und hier kommt nur der Deutsche Tabakarbeiterverband in Betracht, denn nur er allein ist imstande, die Interessen seiner Mitglieder wirksam zu vertreten. Mit den Worten: Organisieren und agitieren, das soll unsere Losung sein, schloß Rednerin ihr mit Beifall aufgenommenes Referat.

Zerbst. Die Tabakarbeiter bei der Firma Aua. Sinast in Zerbst befinden sich noch im Streik. Die am Freitag, den 14. Mai, durch den Gauleiter angebahnten Einigungsversuche scheiterten an dem Widerstand des Herrn Sinast. Derselbe erklärt, keinen Streit mit seinen Arbeitern zu haben und glaubt auf seinem früheren Standpunkt beharren zu müssen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse so zu gestalten, wie es ihm paßt. Die Tabakarbeiter sind aber damit durchaus nicht einverstanden. Sie werden ihre kleine Forderung aufrecht halten. Arbeitswillige hat Herr Sinast noch nicht gefunden.

Es ist unabweisbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen.

Bremen. 2. Gau.

Abrechnung der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer.

Einnahme.	
Auf Listen gingen ein	246.92 Mk.
Aus Aua, durch Chr. Effer	3.50 "
Aus Neuhaus a. E., durch Chr. Blome	19.00 "
Bestand vom 11. März 1908	202.40 "
Zinsen	5.70 "
Summa	468.52 Mk.

Ausgabe.

Agitation, Arbeitsentschädigung, Fahrgeld u. Diäten	118.50 Mk.
Zinse	45.75 "
Diäten und Fahrgelder an zwei Delegierte nach Berlin	142.80 "
Sitzungen	10.00 "
Porto	20.00 "
An die Zentralkommission in Berlin gesandt	151.27 "
Summa	468.52 Mk.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Blome, W. Kirchhoff, G. Gubernatis, E. Schüler.

Quittung.

Zur Bekämpfung der drohenden Tabaksteuer-Gefahr sind bei dem Unterzeichneten folgende Gelder ein:

Aus Berlin, Ueberchuß vom Kranz (18. März)	119.65 Mk.
durch Kollegen C. Gralla auf Listen	
" " Nr. 3432 und 3434	5.00 "
" dem 13. Bez., d. Koll. Paul Jirkel, Finsterwalde	65.30 "
" " 13. " " " G. Preuß, Lübben (N.-L.)	5.75 "
" " 13. " " " Ernst Laubig, Potsdam	20.00 "
" " 13. " " " A. Hoffmann, Spremberg	15.00 "
" " 11. " " " G. Jachert, Neugersdorf	2.20 "
" " 11. " " " D. Wenzel, Dresd. (4. Rate)	100.00 "
" " 2. " " " Heinrich Blome, Bremen	51.27 "
	384.17 Mk.
Bereits quittiert	5523.74 "
Summa	5907.91 Mk.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. A.: Ludwig Walter, Kassierer, Berlin N. 37, Weissenburger Straße 75.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, I. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreibe- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Scheel-Platzstraße 1, I., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet:
Von Burzen das Mitgliedsbuch, S. I, lautend auf Otto Verlich aus ?. Der Beitrag ist bis zum 9. 5. 09 entrichtet. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und einzufenden.

An die Ortsverwaltungen.

Die Bevollmächtigten derjenigen Zahlstellen, die noch nicht abgerechnet haben, werden dringend ersucht, die Abrechnung anzufertigen und einzusenden und zwar müßte die Abrechnung bis 24. d. M. in den Händen des Vorstandes sein. In den Zahlstellen, die über diesen Termin hinaus keine Abrechnung einfinden, wird eine Revision vorgenommen werden.

Bremen, den 17. Mai 1909. Der Vorstand.

Ächtung, Berlin!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle bei Siedler, Ruppiner Straße 42, aufgehoben und von Montag, den 10. Mai an, nach Swinemünder Straße 95, Ecke Demminer Straße, bei Penning, verlegt wurde.

Die Ortsverwaltung.

Vom 11. bis 17. Mai 1909 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
1. Mai. Neufreistadt, durch Ad. Heising	20.—
10. Braunschweig	200.—
10. Nordhausen	800.—
10. Hamburg	800.—
10. Neuruppin	100.—
10. Koburg	70.—
10. Spremberg	200.—
10. Briesg	100.—
10. Rawitsch	100.—
11. Oldendorf i. Preuß.	26.26
11. Baugen	100.—
11. Buttstädt	39.50
11. Wesel, durch E. Klein	30.—
11. Emmerich, d. Klein	100.—
11. Köln, durch E. Klein	100.—
11. Pafewall	120.—
11. Wintersdorf	200.—
11. Mai. Groß-Schönau	40.—
12. Elstra	35.—
12. Zwickau	100.—
12. Herzberg a. S.	250.—
12. Frankenberg i. E.	500.—
13. Burgdam	200.—
13. Zehdenick	153.45
13. Küstrin	60.—
14. Westrenger	170.—
15. Potsdam	60.—
15. Neundorf	31.19
15. Waldheim	200.—
16. Paderm	60.—
16. Eisleben	70.—
16. Großenhain	90.—
16. Apolda	60.—
16. Stuttgart	200.—

B. Freiwillige Beiträge:

11. Mai. Goldberg, C. Kurfürst 8.85

C. Für Broschüren:

10. Mai. Berlin, Vorwärts 2.30

17. Bremen, Bürger-Zeitung 25.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Abwesender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 17. Mai 1909.

W. Nieder-Belland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Cönnern: Paul Koch als 2. Bev.; Vertram, Nathan als Kontrolleure.

Für Danzig: Kasimir Kucharski als 1. Bev., Selma Wiski als 3. Bev.; Klara Labudda als Kontrolleurin.

Für Frohburg: Franz Böttcher als 1. Bev.

Für Grimma i. Sa.: Emil Gajch als 1. Bev., Alfred Döbrich als 2. Bev., Aug. Beckmann als 3. Bev.

Für Groß-Schönau: Adolf Scholz als 1. Bev.

Für Harttha: Fritz Reimer als 1. Bev.

Für Krensberg: Heinrich Schlüter als 2. Bev.

Für Krensberg: Bernhard Smukalla als 1. Bev., Anton Hansen als 3. Bev.

Für Wesel: Peter Franzen als 1. Bev., Arnold Mölders als 2. Bev., Tümpen als 3. Bev.; G. Weinands, Ludw. Derksen Frau Haanen als Kontrolleure.

Adressen-Änderungen:

Für Danzig: Der 1. Bev. Kasimir Kucharski wohnt in Danzig-Schidlich, Oberstraße 46.

Für Elstra: Der 1. Bev. Clemens Berthold wohnt jetzt Pulsnitzer Straße 107.

Für Frohburg: Der 1. Bev. Franz Böttcher wohnt Webergasse 272.

Für Grimma i. Sa.: Der 1. Bev. Emil Gajch wohnt Weinbergstraße 14. — Der 2. Bev. Alfred Döbrich wohnt Brüdernstraße 20, part.

Für Groß-Schönau: Der 1. Bev. Adolf Scholz wohnt Rittmeisterweg 586b.

Für Harttha: Der 1. Bev. Fritz Reimer wohnt Moltkestraße 13.

Für Krensberg: Der 1. Bev. Arnold Teenen wohnt jetzt Fischelnerstraße 22.

Für Krensberg: Der 2. Bev. Heinrich Schlüter wohnt Aufstraße 19, III.

Für Pafewall: Der 1. Bev. Gust. Zimmermann wohnt jetzt Markt 23.

Für Krensberg: Der 1. Bev. Bernhard Smukalla wohnt Oberriederstraße 21.

Für Striegau: Alle Zuschriften sind an Karl Hain, Gräbenstraße 7, zu richten.

Für Wesel: Der 1. Bev. Peter Franzen wohnt Lange Beguinenstraße 45.

Berichtigung: Gardelegen: Die Adresse des 1. Bev. Friedrich Engelhardt ist nicht Kaiserstraße, sondern Kasernenstraße 17b.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Langenbielau: Durch den 2. Bev. Paul Hahn, IV. Bezirk, Nr. 38. An Wochentagen zu jeder Zeit. An Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr nachmittags.

In Krensberg: Durch den 2. Bev. Heinrich Schlüter, Aufstraße 19, III. An Wochentagen von 6 bis 7 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Langenbielau: Durch den 2. Bev. Paul Hahn, IV. Bezirk, Nr. 38. Nur Sonnabends.

In Krensberg: Durch den 2. Bev. Heinrich Schlüter, Aufstraße 19, III. Nur Sonnabends von 6 bis 7 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Waldheim: Montag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Schweißertal. Tagesordnung: 1. Agitation. 2. Kartellbericht. 3. 20. Stiftungsfest betr. 4. Sonstiges. — Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich und pünktlich in der Versammlung. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Wernigerode: Montag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Volksgarten. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Hannemann, Weberstraße 5. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den 1. Gau:
Hamburg: Bernh. Pösching, Alter Steinweg 52 (Paradieshof 10, II.)
Eimsbüttel: E. Nahr, Lindenallee 37, II.
Barmbeck: W. Compert, Heinrich-Herg-Str. 106, I.
Altona: E. Fels, Große Bergstraße 136, part.
Ottensen: F. Henke, Schulstraße 9, I.
Wandsbek: G. Giese, Lange Straße 72, I.
Schiffbek: W. Köppe, Möllner Landstraße 28.

Für den 2. Gau:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den 3. Gau:
Braunschweig: Wilh. Jansen, Mandelnstraße 5, I.
Auch erhalten Zugereichte dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den 5. Gau:
Bielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.

Für den 6. Gau:
Köln: Ewald Weckel, Großer Griechenmarkt 18a, III.

Für den 7. Gau:
Gießen: Wilh. Küsing, Eicherstraße 19, Hinterhaus.
Die Arbeitsvermittlung gilt für Oberhessen, Kreis Wehlart und nähere Umgebung.

Für den 11. Gau:
Dresden-A.: Franz Schmidt, Rigenbergstr. 2, II., Zimmer 23.

Für den 12. Gau:
Breslau: Alfr. Rebling, Friedrich-Wilhelmstraße 76, S. I.

Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Bremen I. Das Verkehrslokale befindet sich vom 8. Mai ab im Lokal von Otto Dörsam, Hohetorstraße 52. Dasselbst erfolgt die Auszahlung der Krankenunterstützung des Sonnabends von 6 1/2 bis 8 Uhr abends. Die Arbeitslosenunterstützung wird nur für am Orte befindliche Mitglieder ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Hamburg. Das Verkehrslokale und die Herberge befindet sich im Gewerkschaftshause, Wesenbinderhof.

Lage i. Lippe. Da der im Jahre 1905 von den organisierten Tabakarbeitern gesammelte Fahrstuhl durch den Tod des Kollegen Lütters frei steht, machen wir die Kollegen und Kolleginnen, die damals ihr Schicksal dazu beigetragen haben, aufmerksam, daß, falls ein bedürftiger Kollege oder Kollegin am Orte ist, wir bereit sind, denselben dorthin zu schicken. Nähere Anfragen an Gerhard Heering, Lage i. Lippe, Schulstraße 14a.

Wesel. Arbeitslosenunterstützung wird hier nicht ausgezahlt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokale: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: L. Dehant, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Köln 50.—, Cobau 50.—, Briesg 20.—, Jastrow 50.—, Finsterwalde 50.— Mk.

Sterbekasse: Briesg 11.73, Köln 10.—, Cobau 36.77, Delmenhorst 34.50, Hannover 27.37, Finsterwalde 50.— Mk.

Zuschüsse: Sandhofen 70.—, Delmenhorst 34.50, Feudenheim 50.— Mk.

Krankengeld: 56.— Mk.

Hamburg, den 17. Mai 1909. J. Otto.

Täglich zweimaliger
Post- u. Bahnversand
daher
denkbar schnellste
Bedienung!

Heinrich Franck

Preise verzollt per 1/2 kg gegen
Kasse. — Barkäufe über 5 Mk.
mit 3% Skonto. — Verpackung
wird nicht berechnet. — Bei
Kassebezug von 50 Pfund
einer Sorte an 2% Extrarabatt.

Gegründet 1879 * * * Berlin N. 54, Brunnenstrasse 185 * * * Gegründet 1879

Neue direkte Einkäufe in der Einschreibung

vom 30. April in Amsterdam.

==== Infolgedessen unerreicht preiswerte Angebote! ====

Ich kaufe soeben direkt in der Einschreibung vom 30. April in Amsterdam

die Partie **139 Ballen Bezoeki JAA/P**

Diese aussergewöhnlich schönen Bezoeki **Qualitätstabake** sind reif, wollig, leicht und von allerbestem Brand. Ich offeriere:

- | | |
|--|--------------------------|
| Nr. 1494. Rundes festes Blatt, leicht auf der Hand | Verzollt. 90 Pfg. |
| Nr. 1495. Sehr blattig, wunderschöner Aufarbeiter | 95 Pfg. |
| Nr. 1496. Meist Umblatt, feinste Qualität | 110 Pfg. |
| Nr. 1497. Reines Umblatt, tadellos | 120 Pfg. |
| Nr. 1498. Sehr grosses Umblatt, leicht, hochfein | 140 Pfg. |

Ferner **Vorstenlanden-Einlage**

für feines Fabrikat:

- | | |
|---|-----------------|
| Nr. 1499. Sehr blattig, leicht, wollig, wunderv. Qualität | 110 Pfg. |
| Nr. 1505. Banjoemas-Decke , Vollbl., 1. Lge., leicht auf der Hand, verkehrt ganz hellf., schneew. Brd. | 230 Pfg. |

Vorstenlanden-Decken

Wunderbar schön in Farben, Blattfülle, Brand und Deckfähigkeit:

- | | |
|--|---------------------------|
| Nr. 1506. Vollblatt, 2. Länge, ganz hell, verkehrt hell-lebhaft narbig, schneeweisser Brand | Verzollt. 2.20 Mk. |
| Nr. 1500. Denkbar hellste Farben, rechts ganz rötlich hell, links ganz hellfahl und lebhaft, Vollblatt 1. Länge | 2.80 Mk. |
| Nr. 1501. Vollblatt, 1. Länge, links die denkbar schönsten hellgraufahlen Farben, schneeweisser Brand, horrende Deckfähigkeit, LV 1 Sortierung nur. | 4.00 Mk. |
| Nr. 1502. Vollblatt, 1 Länge, rechts gerollt denkbar feinste mattfahle narbige Farben, herrlicher Brand, AV 1 Sortierung | 3.70 Mk. |

Diese Tabake sind zart wie Sumatra und die feinsten Sortierungen aus feinsten Qualitätsmarken.

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse gefl. sofort Proben!

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:
10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage, großblattig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, **85 Pfg.** Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht **80 Pfg.**, prima **85 Pfg.**, doppelt prima **90 Pfg.** **Sumatra-Decker**, zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit 1/2 Pfund, tadellos weiß brennend, **350 Pfg.**; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, **400-500 Pfg.** Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von **140-400 Pfg.** in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage** (Sandblatt) **110 Pfg.** **Vorstenland-Decker**, duffbraun **170 Pfg.**, hellfarbig **220, 250-300 Pfg.** **Java-Decker** **220-300 Pfg.**, **Umblatt** **100, 110, 120, 130 Pfg.**, **Umblatt und Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, **95 und 100 Pfg.** **Mexiko-Decker**, graubraun **300 Pfg.**, dunkel **220 Pfg.** **Umblatt** **150 Pfg.** **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweisser Brand und größte Deckkraft, **170 und 180 Pfg.**, **Umblatt** **120 Pfg.** **Havanna**, edle Qualität, **300 Pfg.** **Yara-Cuba** **160, 220 Pfg.** **Domingo** **85, 90, 100 Pfg.** **Portorico** **90 Pfg.** **Loggut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, **85 Pfg.**

Wickelformen

neue und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Pressbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6,50 Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.
Preise per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.**

Heinrich Bormann, Bremen

Billigste Preise. **Rohtabak.** Reichhaltiges Lager.

Von neuen großen Einkäufen empfehle in nur prima Ware: **Sumatra-Decker** von 175, 190, 200, 225, 250, 275, 300, 325, 350 Pfg. **Vorstenland- und Java-Decker** von 190-250 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 160, 180, 200 Pfg., **Brasil-Aufarbeiter** 150 Pfg., **Brasil-Einlage** 110-125 Pfg., **Java-Umblatt** 110, 115, 120, 130, 140 Pfg., **Java-Umblatt und Einlage** 90, 95, 100 Pfg., **Carmen-Umblatt** 100, 105, 110 Pfg., **Carmen-Umblatt u. Einlage** 90, 95 Pfg., **Domingo-Umblatt** 100, 105, 110 Pfg., **Domingo-Umblatt u. Einlage** 90 Pfg., **Seedleaf-Umblatt** 120, 125 Pfg., **Havana-Einlage** 150, 180, 220 Pfg., **H. gemischte Tabake** (Aufarbeiter) 90, 95 Pfg.

Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.** Kredit nach Uebereinkunft.

Prompter Versand. **Rohtabak.** Reelle Bedienung.
Heinrich Bormann, Bremen.

Aussergewöhnlich billige Tabak-Offerte!

- 200 Ztr. Aufarbeiter, Carmen, Java, Brasil-Melange, gesund und flott brennend, in 1 und 2 Ztr.-Ballen, à 85 Pfg. per Pfund verzollt.
- 100 Ballen Carmen à 35-40 Pfg. per Pfund unverzollt.
- 200 Ballen Java à 35-40 Pfg. per Pfund unverzollt.
- 300 Ballen Sumatra, Deli My/PG, Deli My/K, Amst. Deli Co und verschiedene andere Deli-Marken 1., 2. und 3. Vollblatt-sortierungen, à 100-300 Pfg. per Pfund unverzollt.

Postmuster unter Nachnahme.
Ernst Förster, Dresden-N., Fleischergasse.

Sumatra von 2-5 Mk., Java-Decker 2.30 u. 3.00 Mk. Leichtblatt. Java 0.95, 1.05, 1.20, 1.40 u. 1.50 Mk. Brasil 1.10, 1.25, 1.50 und 2.00 Mk. Carmen 1.10 Mk. Domingo 1.10 Mk. Märker 0.85 Mk. Rosblatt 0.85 Mk. Mexiko 4.10 Mk. — Ein Versuch führt zur Nachbestellung bei

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Strasse 4.

Carl Sachse Dresden A. 1
Sporergasse 2

Roh-Tabake
en gros — en detail.

Gewinne

der Kgl. Sächsischen Landes-Lotterie:
Mk. 800 000
Mk. 500 000
Mk. 300 000
Mk. 200 000
Mk. 150 000
Mk. 100 000 usw.
Ziehung I. Klasse 16. u. 17. Juni
Lose: 1/10 1/5 1/3 1/1
pro Klasse Mk. 5.— 10.— 25.— 50.—
versendet

A. Zapf Lotterie-Einnehmer Leipzig.

Die Expedition des Tabak-Arbeiter

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
empfehlen folgende Bücher:
Die sexuelle Erziehung des Kindes. Preis 20 h, Porto 5 h.
Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Preis 10 h, Porto 5 h.
Religion und Sozialismus. Von Dr. Pannkoek. Preis 30 h, Porto 5 h.
Proletarierkrankheit und kranker Proletarier. Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit. Preis 20 h, Porto 5 h.

Kindersegen und — kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter.
Von **Brupbacher**, prakt. Arzt.
Geg. Einfindung v. 35 Pfg. zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Von neuen Einkäufen empfehle:

- | | |
|--|------------------|
| Sumatra-Decker , 2. Länge Stückblatt, hell, la la Brand, Deli | 130 h |
| do. 1. " " " " " " | 160 h |
| do. 3. " " " " " " | 180 h |
| do. 3. " " " ganz hell " " " | 220 h |
| do. 2. " " " hellbraun " " " | 220 h |
| do. 1. " " " Loehblatt, hochedel " " " | 250 h |
| do. 2. " " " " hellbraun " " " | 350 h |
| do. 2. " " " Sandblatt, hell " " " | 650 h |
| Sumatra-Umblatt , leicht und edel | 115-130 h |
| Vorstenland-Decker , hellfahl | 220-300 h |
| Java-Umblatt , hochfein | 120-140 h |
| Java-Einlage mit Umblatt | 80-100 h |
| Mexiko , feinstes St. Andres | 350-500 h |
| Havanna , Umblatt und Einlage | 120-250 h |
| Seedleaf , feinstes Umblatt | 90-120 h |
| St. Felix-Brasil , Einlage | 100-120 h |
| " " Umblatt | 120-140 h |
| " " Decker | 150-200 h |
| Domingo FF | 85-100 h |
| " " " | 80-85 h |
| Carmen , hochfeines Umblatt | 90-100 h |
| Loggut , fast reines Umblatt | 80-90 h |

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Ziel bei Aufgabe auter Referenzen nach Uebereinkunft. Pakete nur nachnahme! Bei größeren Abchlüssen Spezial-Offerte. Zum Beispiel offeriere einen Bollen Felix zum Schneiden à 35-40 h pro Pfund unverzollt gegen Kasse. Einen großen Posten Loggut in Ballen von ca. 250 Pfund, rein amerikanisch, à 30 h pro Pfund unverzollt.

Proben nur gegen Nachnahme. Proben nur gegen Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

* Lyra-Fahrräder *

Anerkannt bestes Fabrikat. Unerreicht in Qualität u. Ausstattung. Präm. m. gold. Med. 5 J. Gar. lt. Kat.



Radfahrer-Bedarfs- und Sport-Artikel, Uhren, Waffen, Musikon, Nähmaschinen, Stahl-Leder- und Luxuswaren.

Komplett mit Gummi von Mark **53** an bis zu den feinsten Luxus-Modellen.

Der k. k. Postmeister M. Junger in St. schreibt: „Ihr Fabrikat gefällt allgemein. Man muss wahrhaft staunen, dass eine Fabrik ein solch solide gebautes, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechendes, leicht laufendes Tourenrad zu diesem wirklich niedrigen Preise auf den Weltmarkt bringen kann.“

Lyra-Fahrrad-Werke, Prenzlau. Postf. Nr. 640
Verlangen Sie kostenfreie Zusendung meines Pracht-Katalogs.

Caribewegung der Tabakarbeiter.

Wie bereits im Tabak-Arbeiter berichtet, sind auch die Kollegen im Städtekomplex Hamburg-Altona in die Caribewegung eingetreten. Seitens der Gauleitung wurde nachfolgender Artikel am 12. Mai im Hamburger Echo veröffentlicht:

An die Zigarrenfabrikanten, Zigarrenhändler und Konsumenten von Hamburg, Altona, Wandsbek, Schiffbek und Umgegend!

Nachdem die Leitung des Deutschen Tabakarbeiterverbands Anfang dieses Jahres beschlossen hatte, zwecks Aufbesserung der mifflischen Lage der Tabakarbeiter überall in Caribewegungen einzutreten, haben sich auch die hiesigen Organisationen des Verbands in dieser Zeit mit ihrer Tätigkeit beschäftigt. Wie überall, so liegt auch hierorts für die Tabakarbeiter die Notwendigkeit vor, eine weitere Aufbesserung ihrer Lage zu erstreben. Die statistischen Aufnahmen, welche hier in den letzten Jahren für die Branchen der Zigarrenarbeiter und Tabakzurichter stattfanden, beweisen die Rückständigkeit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der genannten Gruppen. Einige Zahlen werden das Gesagte erhärten.

Die letzte Statistik, welche im vorigen Jahre aufgenommen wurde, ergab von der Lage der Zigarrenarbeiter folgendes Bild: Die Zigarrenhausarbeiter, welche Arbeiter beschäftigten, arbeiteten durchschnittlich 68,1 Stunden pro Woche und verdienten in dieser Zeit mit ihrer Frau durchschnittlich 28,59 Mk. Der Reinverdienst des Hausarbeiters betrug durchschnittlich pro Woche 23,38 Mk. Die Einzelhausarbeiter verdienen in 66,7 Stunden mit der Frau 25,14 Mk.; der Reinverdienst betrug im Durchschnitt pro Woche 20,74 Mk. Die Zigarrenarbeiter, die bei Hausarbeitern, resp. auf Fabriken arbeiteten, verdienten in 58,2 Stunden durchschnittlich pro Woche 21,87 Mk. Die Zigarillosarbeiterinnen hatten in 59,6 Stunden pro Woche 16,34 Mk. Der Verdienst der Tabakzurichterinnen, welche im Zeitlohn ganze Tage beschäftigt waren, betrug pro Woche im Durchschnitt 12,77 Mk.; die Arbeitszeit der bei Hausarbeitern beschäftigten Zurichterinnen war 60,7 Stunden pro Woche. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache, sie beweisen, daß trotz der Lohnaufbesserungen, welche durch die gewerkschaftlichen Aktionen des Verbands erzielt wurden, die Lage der Tabakarbeiter eine recht schlechte ist.

Die hiesigen, im Deutschen Tabakarbeiterverband organisierten Arbeiter haben nun in ihrer Versammlung am 3. April d. J. beschlossen, mit hiesigen Fabrikanten in ein Tarifverhältnis von zunächst einem Jahr zu treten, wenn dieselben folgende Grundbedingungen erfüllen:

1. Alle bei der Zigarren- und Zigarillosfabrikation beschäftigten Arbeiter, sowie die Zurichter müssen Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbands sein.
2. Der Minimallohn für Zigarren soll bei gewöhnlicher Formarbeit 11 Mk., bei Handarbeit 14 Mk. und für Zigarillos 5,60 Mk. betragen. Bei Hausarbeit soll ein Aufschlag von einem Drittel auf den Fabriklohn erfolgen. Der Minimallohn für Zurichter soll wöchentlich 12 Mk., für Deckblattzurichter 14 Mk. sein. Bei Akkordzurichtung soll pro Pfund feucht 12½ Pfg., für Deckblatt 35 Pfg. im Minimum gezahlt werden.
3. Falls die Firma auswärtige Filialbetriebe hat, so müssen für diese ebenfalls Tarife mit dem Verband abgeschlossen werden. Werden von andern Firmen Zigarren bezogen, so müssen diese gleichfalls mit dem Verband im Tarifverhältnis stehen.

Dies die Hauptpflichten der Fabrikanten. Wie bescheiden und den schwierigen hiesigen Verhältnissen Rechnung tragend die Forderungen der Arbeiter hinsichtlich des Lohnes sind, beweist der geforderte Minimallohn. Vor einigen Jahren betrug derselbe 10 Mk. pro Mille; in den letzten Jahren war der Mindestlohn von 10,50 Mk. fast vollständig durchgeführt; da erscheint eine Aufbesserung von weiteren 50 Pfg. pro Mille überaus geringfügig. Als Gegenleistung bietet der Verband denjenigen Fabrikanten, welche Tarifabschlüsse eingehen, eine wirksame Empfehlung an Händler und Konsumenten, ihren Bedarf an Zigarren von Tariffirmen zu beziehen.

Es fand sodann eine Versammlung von Fabrikanten am 26. April statt, in welcher die Anwesenden die schlechte Lage der Tabakarbeiter anerkannten und abgesehen von einigen, nach ihrer Ansicht nicht leicht durchzuführenden Bestimmungen des Tarifs, sich dennoch mit dem Vorgehen der Tabakarbeiter einverstanden erklärten.

Nachdem nunmehr mit einer Anzahl hiesiger Fabrikanten der Tarifvertrag bereits abgeschlossen worden, werden die Unterzeichneten die Adressen der Tariffirmen durch Annonce in der Sonnabendnummer des Hamburger Echo bekanntgeben. Sache der Händler und Konsumenten, welche uns im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterstützen wollen, wird es dann sein, von diesen Firmen zu beziehen.

Wie für jeden Kenner der Arbeiterbewegung ersichtlich, betritt die hiesige Tabakarbeiterchaft jetzt einen Weg, den zu beschreiten die ganzen Verhältnisse bedingen. Wir möchten die Macht der Konsumenten benutzen, um das schneller zu erreichen, was wir bei Anwendung der gewöhnlichen gewerkschaftlichen Kampfmittel, angesichts der für die Tabakbranche bedrohlichen Situation, nur recht langsam erreichen würden. Also nicht deshalb, weil unsere bisherigen Kampfmittel unwirksam waren, um die Lage unserer Berufsangehörigen zu verbessern, sondern um ihre Wirkung zu erhöhen, wenden wir uns an die Mithilfe der Konsumenten. Wir appellieren auch nicht an das Mitgefühl für eine besonders schwer um ihre Existenz ringende Arbeiterkategorie, sondern an die Pflicht der hiesigen Arbeiterchaft, eine recht ungünstig gestellte Gruppe von Arbeitern in deren Kampfe zu unterstützen.

Itzgend ein Opfer seitens der Konsumenten erheischt die Sache nicht; im Gegenteil! Wenn durch unser Vorgehen sich auch das Resultat ergibt, daß die gerabezu

haarsträubenden Verhältnisse im hiesigen Zigarrenhandel allmählich schwinden, so liegt dies auch im Interesse der Konsumenten. Was wird hier am Plage dem ahnungslosen Raucher nicht alles in die Hand gedrückt! Hamburger Fabrikat nennt sich oft das elendeste Zeug, welches, aus dem ordinärsten vaterländischen Kraut bestehend, den hiesigen Rauchern zu einem Breiße abgegeben wird, für welchen sie anständige Ware haben könnten. Der Konsument wolle beachten, daß bei den gegenwärtigen Zollätzen es auch hierorts bei Zahlung obiger Tariflöhne sehr wohl möglich ist, eine aus gesundem ausländischen Tabak hergestellte Zigarre zum Detailpreise von 5 Pfg. abzugeben. Auch für Händler läßt sich eine derartige Zigarre herstellen. Freilich, mit einem solchen Händlerprofit, wie beim Verkauf von süddeutschen, zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikaten, kann der Händler dann allerdings nicht arbeiten. Daß es aber sehr wohl möglich ist, rauchbare Ware den Händlern zu Engrospreisen abzugeben, welche einen noch immer anständigen Gewinn ermöglichen, beweist die große Zahl hiesiger Fabrikanten, bei welchen die Herstellung billiger Zigarren das Hauptgeschäft bildet und welche die Tariflöhne bereits vollständig oder fast vollständig gezahlt haben. Das Gerede, das von manchen Fabrikanten ertönen wird, daß sie bei Zahlung von Tariflöhnen zugrunde gehen müßten, ist albern.

Die von uns begonnene Caribewegung liegt also nicht nur im Interesse der Tabakarbeiter, sondern sie wird auch zur Gesundung der Verhältnisse des hiesigen Zigarrenmarktes beitragen, wovon auch die Konsumenten Vorteil haben werden. Wir hoffen, daß besonders die hiesige Arbeiterchaft unserm Appell an sie Folge geben und uns als Konsumenten unterstützen wird. Wir ersuchen die Konsumenten, wenn die Sonnabendnummer des Hamb. Echo die Firmen bekannt gibt, die mit uns abgeschlossen haben, bei Händlern, Wirten usw. Zigarren von Tariffirmen zu verlangen. Man wird dadurch einer schwer kämpfenden Arbeiterschaft einen nicht gering anzuschlagenden Dienst leisten. — Die Fabrikanten, die noch geneigt sind, mit uns den Tarif abzuschließen, wollen sich baldigst an den Unterzeichneten wenden; gleichfalls wollen sich diejenigen Händler und Wirte melden, welche ausschließlich Waren von Tariffirmen führen wollen.

Die Zahlstellen des Deutschen Tabakarbeiterverbands,
Städtekomplex Hamburg-Altona.
J. A. Rudolf Hadelberg, Gauleiter.
Altona-Ottensen, Gr. Rabenstr. 14, 1.

Das Resultat war, daß bereits am 15. Mai im Hamburger Echo eine Liste mit 32 Fabrikanten veröffentlicht werden konnte, welche den Tarif anerkannt hatten. Weitere Meldungen liegen ebenfalls schon wieder vor.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Bremen-Hemelingen. Die Caribewegung der bremischen Zigarrenarbeiter zeitigte erfreuliche Fortschritte. Bis heute ist der Tarif, der einen Minimallohn von 11,50 Mk. pro Mille bei mit der Rippe aufgesetzter Decke und angefeuchtem Umblatt und Einlage, sowie eine 9¼stündige Arbeitszeit in den Fabriken vorsieht, in 74 Betrieben mit 137 Arbeitern anerkannt und unterzeichnet worden. Dazu haben in 24 Betrieben mit 314 Arbeitern die im Tarif geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls Anerkennung gefunden, jedoch ohne Abschluß eines Tarifvertrags. Es arbeiten daher nun 451 Arbeiter in 98 Betrieben zu den tarifmäßigen Arbeitsbedingungen. Die Lohnhöhungen, die bei dieser Bewegung in diesen Betrieben erzielt wurden, betragen, außer den vielen Entschädigungen in Höhe von 75 Pfg. bei 1,50 Mk. pro Mille für nicht gelieferte Zurichtung, bei 79 Sorten 50 Pfg., bei 45 Sorten 1 Mk., bei 15 Sorten 1,50 Mk. und bei 18 Sorten von 2 bis 3 Mk. pro Mille. Die Bewegung wird fortgesetzt und steht mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die letzten bremischen Zigarrenfabrikanten die geforderten tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen werden. Zigarren aus nur tariftreuen Firmen werden in Bremen in 55 Zigarrenläden, 16 Verkaufsstellen des Konsumvereins Vorwärts und in einer größeren Anzahl von Gastwirtschaften geführt.

Delmenhorst. Zur Caribewegung in Delmenhorst ist zu berichten, daß bereits in 8 Betrieben der für Bremen-Hemelingen gültige Tarifvertrag unterschrieben und Anerkennung gefunden hat. In 4 Betrieben steht die Bewilligung noch aus. Das Gewerkschaftsstellvertreter Delmenhorst beschloß, die Caribewegung der Zigarrenarbeiter zu unterstützen, indem der Arbeiterschaft und den Abnehmern empfohlen werden soll, nur Zigarren aus tariftreuen Firmen zu beziehen.

Schwedt a. O. Der Abwehrstreik bei der Firma M. Lasser (Sitz Berlin) ist zugunsten der Kollegenschaft beendet.

Hüdeswagen. Die Lohnbewegung bei der Firma Geh. Bodenhausen endete mit Lohnzulagen von 50 Pfg. und 75 Pfg. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 8 Mk. pro Mille bei vollständig freier Zurichtung.

Peine. Die schon im Jahre 1908 begonnene Lohnbewegung hatte den Erfolg, daß nunmehr in allen drei Betrieben in Peine der Minimallohn von 9 Mk. bei freier Zurichtung anerkannt wurde.

Apolda. Die in den 5 Betrieben Apoldas beschäftigten Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Forderungen lauten: 1. Anerkennung eines Minimallohns in Höhe von 9 Mk. pro Mille mit entsprechenden Lohnzulagen auf die übrigen noch vorhandenen Sorten in den Betrieben. 2. Zahlung eines Lohnzuschlags von 25 Pfg. pro Mille für Heimarbeiter. Die Einigkeit der

Kollegenschaft verbürgt uns, daß das gesteckte Ziel erreicht werden wird.

Zerbst. Der Abwehrstreik bei der Firma Aug. Sinaest dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Herford (Westfalen). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Koch dauert fort. Der Zugang ist fernzuhalten. Bis Hofwerda. Der Streik bei der Firma Lange u. Söhne dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Bretznig-Großröhrsdorf-Hauswalde. Der Streik dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Dresden. Der Streik bei der Firma Emil Fieweger dauert fort. Die Firma zahlt, wie berichtet wird, die schlechtesten Löhne in Dresden und wäre zu wünschen, daß die Lohnforderungen voll zur Anerkennung gebracht würden. Der Zugang ist dringend fernzuhalten.

Neumünster. Die hiesige Lohnbewegung ist beendet, die Sperre aufgehoben. Die Kollegen, welche hier Arbeit nehmen wollen, werden dringend ersucht, sich vorher an den Kollegen Karl Jürs, Christianstraße 62, zu wenden.

Der Deutsche Bergarbeiterverband zählte nach dem soeben vom Vorstand herausgegebenen schriftlichen Bericht am Jahresluß 112 513 Mitglieder. Die Jahre 1907 und 1908 — auf beide erstreckt sich der Bericht — werden als verhältnismäßig ruhige für den Verband bezeichnet. Auch die Krise machte sich im Bergbau erst im letzten Halbjahr 1908 bemerkbar; das Jahr 1907 gehörte noch der Hochkonjunktur an. Die effektive Mitgliederzunahme betrug 1907: 1229 Mitglieder, 1908: 1037 Mitglieder. Die Fluktuation ist eine ungemein große, sind doch in jedem Jahre rund 33 000 Eintritte zu verzeichnen gewesen. Daran trägt allerdings eine besondere Ursache die Schuld. In Niederösterreich machte sich eine starke Auswanderung bemerkbar, die einen Mitgliederverlust zur Folge hatte. Außerdem mußte die Verbandsleitung die Genehmigung zu einem Streik im Waldenburger Revier ablehnen, da bei der schwachen Organisation der dortigen Bergarbeiter und der circa 20 000 Mann starken Belegschaft ein solcher Ausstand von unerbildbaren Folgen gewesen wäre. Daraufhin kehrten aber manche unbefriedigte Mitglieder dem Verbands den Rücken. Der Verband, der in diesem Jahre das zwanzigjährige Jubiläum seines Bestehens feiern kann — die großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, im Saarrevier, in Sachsen und in Schlesien brachten den Organisationsgedanken in Fluß — verfügt über ein Vermögen von drei Millionen Mark.

Das Dessauer Gewerkschaftsstellvertreter hat sich eine Tat geleistet, die man nicht für möglich halten sollte und die hoffentlich in den Reihen der freien Gewerkschaften allgemeiner Beurteilung begegnet. In der Leipziger Volkszeitung lesen wir:

In Dessau läuft in Kürze die Amtsperiode des Gewerkschaftsstellvertreter ab. Es machten sich Neuwahlen notwendig, wobei das Verhältniswahlssystem Anwendung fand. Bei der letzten Wahl, die unter dem gleichen Wahlverfahren stattfand, entfielen auf die Liste des Kartells 17, auf die des Hirsch-Dunderschen Rudelmuddels 3 Vertreter. Das Dessauer Gewerkschaftsstellvertreter, beeinflusst von der großen Idee der Zusammenfassung der gesamten Linken von Bebel bis Bassermann, gedachte diese Idee im Kleinen in die Tat umzusetzen. Es führte einen Beschluß herbei, sich mit den Hirschen und Christlichnationalen auf eine gemeinsame Liste zu einigen. Und um diesen das Kompromiß recht angenehm zu machen, gestand man ihnen einen weiteren Vertreter, als sie bisher hatten, zu. Die also beglückten Hirschen und Christlichen gingen selbstverständlich auf dies Anerbieten ein, wußten sie doch, daß sie in einem frisch-fröhlichen Wahlkampf ihren bisherigen Bestånd kaum würden behaupten können. — Das Kompromiß hatte aber zur Folge, daß die Metallarbeiter — die größte Gewerkschaft am Orte — erklärten, aus Reinlichkeitsgründen nicht mitmachen zu können. Es war ihnen unmöglich, ihren Leuten zuzumuten, Personen zu wählen, die in der gemeinsamen und nichtswürdigsten Weise die moderne Arbeiterbewegung und besonders den Metallarbeiterverband bekämpfen und hinterlistig zum Verräter an den Interessen ihrer eignen Klassengenossen werden. Alle gültigen Vorstellungen, doch der Welt dieses Schauspiel zu ersparen, scheiterten, denn die Macher dieses verwerflichen Kompromisses waren von der Großartigkeit ihrer Idee derart fest überzeugt, daß sie sogar dem Metallarbeiterverband Disziplinbruch vorwarfen, als dieser dazu überging, gegen die Kartellliste eine reine Liste aufzustellen. Am verflorenen Montag fanden die Wahlen statt und endeten mit einer moralischen Niederlage der Kompromißler. Sie vereinigten 1225 Stimmen = 12 Vertreter auf sich, der Metallarbeiterverband 825 Stimmen = 8 Vertreter. Das Volksblatt für Anhalt bemerkt dazu, daß die Wahlbeteiligung recht schwach gewesen sei. Aber wo soll denn das Interesse an einer Wahl herkommen, wenn der Arbeiterschaft durch derartige Handlungen die Beteiligung von vornherein verweigert wird? Das Interessanteste aber ist die Ursache, aus der heraus man zum Abschluß des Kompromisses gekommen ist. Bei der letzten Landtagswahl wie auch Stadtverordnetenwahl sind wir in Dessau unterlegen. Die Hirschen und Christlichnationalen waren samt und sonders im Schlepptau der gegnerischen Partei. Nun hofft man durch gemeinsame Aktion bei der Gewerkschaftswahl diese Kreise für die Folge auch bei Landtags- und Stadtverordnetenwahlen für uns gewinnen zu können.

In Dessau treibt der Preussische Revisionismus, gespickt mit Esperantismus, sein Unwesen. Das läßt das Behalten des dortigen Gewerkschaftsstellvertreter begreiflich erscheinen.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

